

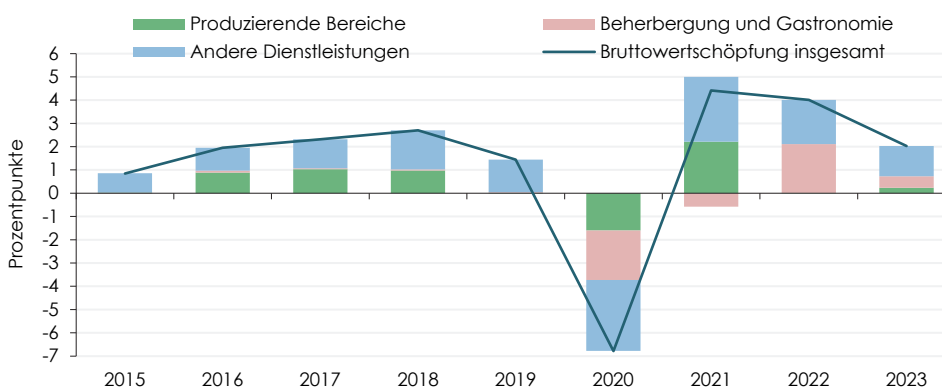
Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur

Prognose für 2022 und 2023

Stefan Schiman, Stefan Ederer

- Der Ukraine-Krieg und die Sanktionen gegen Russland führen zu Energiepreisschocks und verschärfen die globalen Produktions- und Lieferschwierigkeiten.
- Die Wertschöpfung in der heimischen Industrie wird daher im Prognosezeitraum trotz sehr guter Auftragslage lediglich stagnieren.
- Die Inflation wird in den nächsten Monaten zeitweise auf 7% steigen und im Jahresverlauf 2022 nur allmählich zurückgehen.
- Der private Konsum ist 2022 aufgrund der Überwindung lockdownbedingter Konsumpausen höher als im Vorjahr, wird aber durch den starken Preisanstieg gedämpft.
- Der Tourismus leidet unter dem Ukraine-Krieg, erholt sich aber gleichzeitig vom pandemiebedingten Einbruch. Dies macht ihn 2022 zur Konjunkturstütze.
- Insgesamt dürfte das reale BIP heuer um 3,9% wachsen, die Unsicherheit ist aber hoch.
- Der Arbeitsmarkt befindet sich bereits in einer Phase der Hochkonjunktur. Da die Industrie auf Kurzarbeit setzen wird, geht die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum weiter zurück.

Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung, real



"Die Wertschöpfung in der Industrie stagniert 2022 trotz voller Auftragsbücher. Der Tourismus mit seinem hohen Aufholpotential wird zur Wachstumsstütze."

Die produzierenden Bereiche (ÖNACE A bis F) werden 2022 keinen Wachstumsbeitrag liefern. Hingegen erholt sich der Bereich Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE I) und trägt 2022 mehr zum Wachstum bei als alle anderen Dienstleistungen (ÖNACE G bis H und J bis U) zusammen (Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose).

Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur

Prognose für 2022 und 2023

Stefan Schiman, Stefan Ederer

Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur. Prognose für 2022 und 2023

Der Ukraine-Krieg führt neuerlich zu erheblichen negativen Angebotsschocks, die der heimischen Industrie keine Wertschöpfungszuwächse ermöglichen. Die Inflation bleibt länger hoch und dämpft das Wachstum des privaten Konsums. Das große Aufholpotential im Tourismus macht ihn heuer zur Stütze der Konjunktur. Insgesamt entfällt über die Hälfte des für 2022 prognostizierten Wirtschaftswachstums von 3,9% auf den Bereich Beherbergung und Gastronomie. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bleibt günstig.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 23. 3. 2022

Kontakt: Stefan Schiman (stefan.schiman@wifo.ac.at)

Adverse Supply Shocks Hit Buoyant Economy. Economic Outlook for 2022 and 2023

The Ukraine war leads to renewed significant negative supply shocks that do not allow domestic industry to grow. Inflation remains high for longer and dampens the growth of private consumption. The large catch-up potential in tourism makes it a pillar of growth this year. Overall, more than half of the expected 3.9 percent growth rate for 2022 is due to accommodation and food services. The labour market trend remains favourable.

Die österreichische Wirtschaft hat sich äußerst rasch und vollständig vom vierten Lockdown erholt. Der BIP-Rückgang war zwar geringer als in früheren Schließungsphasen, aber verglichen mit anderen Ländern kräftig – am Höhepunkt Anfang Dezember 2021 lag er bei über 5%. Da diese Wertschöpfungsverluste bereits Ende 2021 wieder zur Gänze kompensiert waren und sich der Aufschwung bis in den März 2022 fortsetzte, dürfte die heimische Wirtschaft im I. Quartal 2022 kräftig gewachsen sein. Vor allem die touristischen Dienstleistungen liefern hohe Wachstumsbeiträge und werden das BIP auch im weiteren Jahresverlauf stützen. Die Erholung im Bereich Beherbergung und Gastronomie geht von einem äußerst geringen Niveau aus, sodass das Vorkrisenniveau trotz der kräftigen Dynamik selbst 2023 noch nicht erreicht wird. Dazu trägt auch der Krieg in der Ukraine bei. Insbesondere Reisende aus Amerika und Asien werden europäische Destinationen meiden.

Die durch den Ukraine-Krieg und die darauf folgenden Sanktionen gegen Russland ausgelösten Preisschocks und Lieferengpässe führen zu erheblichen Verwerfungen in der Industrie. Trotz der sehr guten Auftragslage wird die Wertschöpfung in der Herstellung

von Waren 2022 lediglich stagnieren, weil Energie und Vorprodukte sehr teuer sind und teilweise nicht geliefert werden können. Somit entfällt das Wirtschaftswachstum 2022 in der Höhe von 3,9% vollständig auf den Bereich der Dienstleistungen. Der private Konsum wird sich aufgrund des starken Anstiegs der Verbraucherpreise (um knapp 6% im Jahresdurchschnitt 2022) zwar deutlich schwächer entwickeln als in der letzten WIFO-Prognose vom Dezember 2021 unterstellt. Unter der Annahme, dass zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie nun auf gelindere Mittel als strikte Lockdowns zurückgegriffen wird, wird der private Konsum 2022 allerdings ein höheres Niveau erreichen als im Vorjahr.

Der heimische Arbeitsmarkt befindet sich derzeit in einer Phase der Hochkonjunktur. Die Arbeitslosigkeit ist geringer, die Beschäftigung höher als vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Nicht zuletzt aufgrund von Rekrutierungsschwierigkeiten dürften Industrieunternehmen verstärkt versuchen, Personal durch Kurzarbeit im Betrieb zu halten. Somit werden die Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung schwächer auf den Ukraine-Konflikt reagieren als die Produktion, die Arbeitslosenquote wird 2022 auf 6¼% sinken. Zudem

wird der hohe Arbeitskräftebedarf im Zusammenwirken mit der sehr hohen Inflation 2023

zu einem kräftigen Anstieg der Pro-Kopf-Löhne um knapp 5% führen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	
Herstellung von Waren	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,7	± 0,0	+ 1,0	
Handel	+ 4,2	+ 2,0	- 4,2	+ 7,3	+ 3,8	+ 3,1	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+ 9,5	+ 3,5	+ 3,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 4,4	+ 4,8	- 5,2	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5	
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,4	+ 5,5	- 6,5	+ 4,8	+ 4,6	+ 3,2	
Bauten	+ 5,6	+ 4,0	- 3,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,8	
Exporte, real	+ 5,1	+ 3,4	- 10,8	+ 12,7	+ 6,1	+ 3,9	
Warenexporte, fob	+ 4,7	+ 2,7	- 7,8	+ 17,6	+ 3,0	+ 3,3	
Importe, real	+ 5,3	+ 2,0	- 9,4	+ 14,5	+ 4,6	+ 3,8	
Warenimporte, fob	+ 4,1	- 0,0	- 6,4	+ 16,1	+ 3,3	+ 3,3	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 4,3	+ 3,1	- 4,6	+ 6,3	+ 7,5	+ 5,6	
	Mrd. €	385,42	397,52	379,32	403,37	433,65	457,95
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	0,9	2,1	1,9	- 0,2	- 0,4	- 0,1
Verbraucherpreise		+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 5,8	+ 3,2
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	0,3
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	0,6	1,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	0,2	0,6	- 8,3	- 5,3	- 2,4	- 1,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,2
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		5,2	4,8	6,0	6,2	4,9	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		7,7	7,4	9,9	8,0	6,7	6,5

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, EZB, OeNB, Statistik Austria, 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Labour Force Survey.

Die Fiskalpolitik bleibt im Prognosezeitraum expansiv. Zwar laufen die krisenbedingten Unterstützungsmaßnahmen mit dem Abklingen der Pandemie aus, was zu einer deutlichen Entlastung des Staatshaushaltes führt. Allerdings verstärken die schrittweise Absenkung der Einkommensteuertarife und ande-

re Entlastungsmaßnahmen in beiden Prognosejahren die Einkommenszuwächse der privaten Haushalte. Die Europäische Zentralbank strafft ihren geldpolitischen Kurs etwas. In Österreich werden zudem die makroprudenziellen Vorgaben für die Kreditvergabe verschärft.

1. Rohstoffpreise und Angebotsengpässe nehmen wieder zu

Die Weltwirtschaft steht derzeit im Zeichen des Ukraine-Krieges. Seit dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 haben die Energie- und Rohstoffpreise, die bereits 2021 kräftig gestiegen waren und sich zu Jahresbeginn 2022 auf hohem Niveau stabilisiert hatten, neuerlich angezogen. Der Preis für ein Fass Rohöl der Sorte Brent kletterte von etwa 80 \$ zu Jahresbeginn auf 130 \$ Anfang März. Die Erdgaspreise in Europa verdoppelten sich im selben Zeitraum, nachdem sie sich bereits 2021 vervierfacht hatten. Auch Nahrungsmittel und Industrierohstoffe verteuerten sich seit Kriegsausbruch spürbar. Darüber hinaus führen die Sanktionen der EU und der USA gegen Russland zu Einschränkungen im Warenhandel und Produktionsbehinderungen.

Die Probleme in den globalen Lieferketten, die sich Anfang 2022 etwas entschärft hatten, dürften aufgrund der Sanktionen und der Produktionsausfälle in der Ukraine wieder zunehmen und länger anhalten als bisher erwartet.

Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Russland-Ukraine-Konfliktes dürfte auch die Unternehmens- und Verbraucherstimmung weltweit, aber vor allem in Europa dämpfen. Auch die Volatilität auf den Aktienmärkten ist deutlich gestiegen. Die Börsenkurse von Aktien und Anleihen gaben infolge des Ukraine-Krieges bis Mitte März 2022 nach. Zugleich führten der Ausschluss russischer Banken aus dem internationalen Zah-

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges und die damit zusammenhängenden Sanktionen gegen Russland führten neuerlich zu Rohstoffpreisschocks und Angebotsengpässen.

Bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges hatten sich der Welthandel und die weltweite Industrieproduktion im Aufschwung befunden; auch der Dienstleistungsbereich hatte sich zügig erholt.

lungssystem SWIFT und das Einfrieren der Devisenreserven der russischen Zentralbank in der EU bislang kaum zu Verwerfungen im globalen Finanzsystem. Allerdings dürften die Sanktionen die Versicherungsprämien in Termingeschäften und daher die Preise russischer Rohstoffe erheblich erhöht haben.

Die Weltwirtschaft befand sich vor Beginn des Ukraine-Krieges in einer guten Verfassung. Zwar dämpften die Fortdauer der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Winter 2021/22 den Dienstleistungskonsum insbesondere in den EU-Ländern, der globale Warenhandel und die weltweite Industrieproduktion legten im IV. Quartal 2021 aber deutlich zu. Die Lieferkettenprobleme und die Vorproduktknappheit hielten bis zum Jahresende 2021 an, verschärften sich aber zuletzt nicht weiter. Derzeit ist die Auftragslage der heimischen Unternehmen weiterhin äußerst günstig, sodass die Produktionsausfälle der vergangenen Monate allmählich kompensiert werden könnten. Auch die Stimmung der Unternehmen war bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges äußerst optimistisch. Das BIP expandierte im IV. Quartal 2021 in vielen Ländern außerhalb der Europäischen Union deutlich. Auch in China, wo die Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2021 durch die Krise im Immobiliensektor gedämpft worden war, legte das BIP im IV. Quartal wieder kräftig zu.

Die neuerlichen negativen Angebotsschocks dämpfen das Wachstum der Weltwirtschaft und treiben die Verbraucherpreise. Der Dienstleistungsbereich erholt sich vom pandemiebedingten Rückgang und stützt die Konjunktur.

Infolge der hohen Rohstoff- und Energiepreise hatte sich jedoch bereits vor Kriegsausbruch die Inflation weltweit kräftig beschleunigt. Insbesondere in den USA, wo die Verbraucherpreise im Februar 2022 um fast 8% höher waren als im Vorjahr, hatten sich auch die Industriegüter ohne Energie spürbar verteuert, wodurch sich die Kerninflation beschleunigte. Im Euro-Raum fiel der Anstieg der Verbraucherpreise (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) hingegen vergleichsweise moderat aus, lag aber dennoch über dem Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB).

1.1 Dienstleistungen erholen sich von pandemiebedingten Rückschlägen

Der Krieg in der Ukraine dürfte die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum stark beeinflussen. So dürften die Energie- und Rohstoffpreise noch länger hoch bleiben, was sich zeitverzögert in einem deutlichen Anstieg der Verbraucherpreise niederschlagen wird. Aufgrund der starken Abhängigkeit von Russland treffen die hohen Preise für Erdgas vor allem die europäischen Länder, während höhere Nahrungsmittelpreise, insbesondere bei Weizen, die Verbraucherpreise in einigen Schwellenländern treiben dürften.

Die Zentralbanken strafen angesichts der hohen Inflation zwar ihren geldpolitischen Kurs, aber nur vorsichtig, um die Konjunktur nicht zu destabilisieren.

Auch wenn der Höhepunkt der Energiepreisentwicklung bereits erreicht sein dürfte und die Preise allmählich sinken sollten, dürfte der Preisanstieg die Entwicklung des privaten Konsums weltweit merklich dämpfen. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass der Anstieg der Energiepreise teilweise durch ein Sinken der Sparquote ausgeglichen wird, da insbesondere private Haushalte mit mittleren oder hohen Einkommen ihre Konsumausgaben erst zeitverzögert anpassen. Einkommensschwächere Haushalte ohne nennenswerte Sparmöglichkeiten sind dagegen gezwungen, ihre Ausgaben umzuschichten, sodass ihr Konsum von Waren und Dienstleistungen (ohne Energie) zurückgehen wird.

Zugleich dürfte im Frühjahr 2022 die Zahl der Neuinfektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus sinken, sodass mit Auf- und Nachholeffekten im Konsum, insbesondere von Dienstleistungen, zu rechnen ist. Die Unsicherheit infolge des Ukraine-Krieges könnte allerdings dazu führen, dass diese Konsumeffekte erst verzögert eintreten. Auch die Unternehmen dürften mit der Umsetzung ihrer Investitionspläne vorerst noch etwas zuwarten, wodurch sich einige Projekte verzögern werden. Zudem dürften die Lieferengpässe im 1. Halbjahr 2022 immer wieder zu Produktionsausfällen und -verschiebungen in der Industrie führen und sich erst ab der zweiten Jahreshälfte allmählich auflösen.

Die Verbraucherpreise werden 2022 kräftig steigen, was die Geldpolitik vor eine Herausforderung stellt. Die Zentralbank der USA hatte bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges einen restriktiveren Kurs angekündigt und den Leitzins im März um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt erhöht. Im Prognosezeitraum dürften weitere Zinsschritte folgen, auch wenn die Federal Reserve ihre Geldpolitik an der weiteren Entwicklung ausrichten wird, insbesondere an jener auf dem Arbeitsmarkt der USA. Auch die EZB hat bereits den Kurswechsel zu einer weniger expansiven Geldpolitik eingeleitet: Ab April 2022 werden im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms für Anleihen öffentlicher und privater Schuldner (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) nur mehr die Rückflüsse aus auslaufenden Schuldtiteln reinvestiert. Das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) wird zunächst bis Juni 2022 verlängert, wobei der Umfang der Nettoankäufe zurückgeht. Der Hauptrefinanzierungssatz dürfte erst zu Jahresbeginn 2023 erstmals wieder angehoben werden. Mit weiteren Zinsschritten ist bis Ende 2023 nicht mehr zu rechnen, da die Inflation im Euro-Raum mit der allmählichen Normalisierung der Energie- und Rohstoffpreise im Jahresverlauf 2023 wieder auf das mittelfristige Inflationsziel der EZB sinken dürfte.

Die Fiskalpolitik in der EU dürfte angesichts des Ukraine-Krieges hingegen expansiv bleiben. In etlichen Ländern werden bereits Unterstützungsmaßnahmen für die privaten Haushalte diskutiert bzw. beschlossen, um die Mehrbelastung durch die hohen Energiepreise abzufedern. Zudem wird die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine kurzfristig höhere öffentliche Ausgaben nach sich ziehen. Mittelfristig werden – wie beim EU-Gipfel im März beschlossen – auch die Ausgaben für Verteidigung steigen. Zudem könnte die angestrebte Verringerung der

Energieabhängigkeit von Russland erhebliche Infrastrukturinvestitionen auslösen.

In den USA wird die Fiskalpolitik hingegen merklich weniger expansiv ausfallen als bislang erwartet. Das "Build Back Better"-Programm erzielte im Senat keine Mehrheit und liegt derzeit auf Eis. Angesichts der geringeren Betroffenheit der USA vom Ukraine-Konflikt und der derzeit hohen Inflation ist im Prognosezeitraum mit keinen neuen Ausgabenprogrammen zu rechnen.

In der EU sorgen Teuerungsausgleiche und ein Anstieg der Verteidigungsausgaben für eine expansive Fiskalpolitik. In den USA liegen große Reformprojekte auf Eis.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2020 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2018	2019	2020	2021	2022	2023
	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %							
EU 27	67,6	15,0	+ 2,1	+ 1,8	- 5,9	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,8
Euro-Raum	52,0	12,1	+ 1,8	+ 1,6	- 6,4	+ 5,3	+ 3,2	+ 2,7
Deutschland	30,5	3,4	+ 1,1	+ 1,1	- 4,6	+ 2,9	+ 2,6	+ 3,0
Italien	6,2	1,9	+ 0,9	+ 0,5	- 9,0	+ 6,6	+ 3,2	+ 2,2
Frankreich	4,3	2,3	+ 1,9	+ 1,8	- 7,9	+ 7,0	+ 2,9	+ 2,0
MOEL 5 ³⁾	14,9	1,8	+ 4,7	+ 4,1	- 3,7	+ 5,3	+ 3,9	+ 3,8
Ungarn	3,5	0,2	+ 5,4	+ 4,6	- 4,7	+ 7,1	+ 5,1	+ 3,3
Tschechien	3,6	0,3	+ 3,2	+ 3,0	- 5,8	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,5
Polen	3,9	1,0	+ 5,4	+ 4,7	- 2,5	+ 5,7	+ 4,2	+ 3,9
USA	6,5	15,9	+ 2,9	+ 2,3	- 3,4	+ 5,7	+ 3,4	+ 2,1
Schweiz	5,5	0,5	+ 2,9	+ 1,2	- 2,4	+ 3,7	+ 2,8	+ 1,4
Vereinigtes Königreich	2,9	2,2	+ 1,7	+ 1,7	- 9,4	+ 7,5	+ 3,7	+ 2,1
China	2,7	18,3	+ 6,7	+ 6,0	+ 2,2	+ 8,1	+ 5,0	+ 5,5
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 4,0	+ 3,4	- 2,4	+ 6,5	+ 3,9	+ 3,5
Exportgewichtet ⁵⁾	85		+ 2,4	+ 1,9	- 5,4	+ 5,4	+ 3,4	+ 2,8
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 4,0	+ 1,7	- 6,1	+10,9	+ 4,3	+ 3,5

Annahmen zur Prognose

Erdölpreis

Brent, \$ je Barrel	71,0	64,3	41,7	70,7	110	96
---------------------	------	------	------	------	-----	----

Wechselkurs

Dollar je Euro	1,181	1,120	1,141	1,184	1,12	1,10
----------------	-------	-------	-------	-------	------	------

Internationale Zinssätze

EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Sekundärmarkttrendite Deutschland, in %	0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,4	0,2	0,6

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, EIA, Eurostat, EZB, IWF, OECD, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2019. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2019. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Mindestbietungssatz.

Insgesamt dürfte die Weltwirtschaft 2022 trotz des Ukraine-Krieges kräftig wachsen. Die starke Erholung im Vorjahr schlägt sich in einem deutlichen Wachstumsüberhang für 2022 nieder. Auf- und Nachholeffekte in der Industrie und im privaten Konsum treiben die Konjunktur. Diese Effekte dürften allerdings in der zweiten Jahreshälfte 2022 auslaufen, wodurch das Wachstum 2023 schwächer ausfallen wird als im Vorjahr, auch wenn sich

die wirtschaftliche Erholung aufgrund der anhaltenden Lieferkettenprobleme etwas verzögert. Die Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes und insbesondere die hohen Energie- und Rohstoffpreise dämpfen das Wachstum im gesamten Prognosezeitraum. Sowohl im Euro-Raum als auch in den USA dürfte das BIP 2022 dennoch um mehr als 3% wachsen, 2023 um gut 2½% bzw. 2%.

In Österreich ging die Wirtschaftsleistung im IV. Quartal 2021 erneut überdurchschnittlich stark zurück, erholte sich aber noch Ende des Jahres vollständig vom vierten Lockdown.

2. Österreich: Zügige Erholung nach viertem Lockdown

Wie schon während der zweiten und dritten COVID-19-Welle im Winterhalbjahr 2020/21 schrumpfte die heimische Wirtschaft auch während der vierten Welle im IV. Quartal 2021 im internationalen Vergleich überdurchschnittlich kräftig (BIP real $-1,5\%$ gegenüber dem Vorquartal, Euro-Raum $+0,3\%$). Diese starke Betroffenheit der österreichischen Wirtschaft von der COVID-19-Pande-

mie ist wesentlich auf die hohe Bedeutung des Wintertourismus bzw. den hohen Anteil der tourismusnahen Dienstleistungen an der Gesamtwertschöpfung zurückzuführen¹⁾. Zudem waren die behördlichen Eindämmungsmaßnahmen in Österreich wegen der relativ geringen Impfquote strenger als in vielen anderen Ländern.

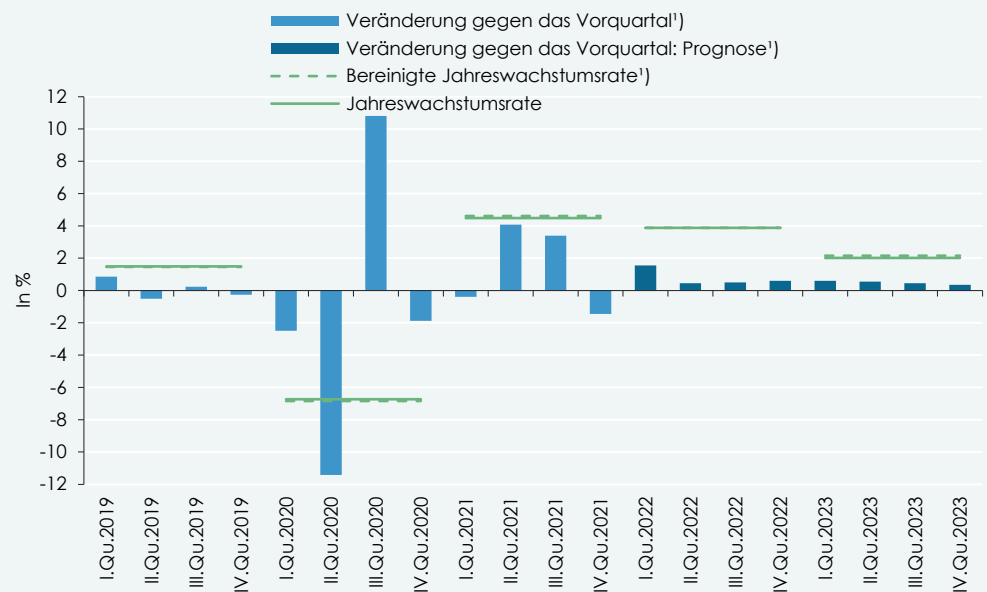
Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2020	2021	2022	2023
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,2	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,8
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	- 6,1	+ 5,6	+ 3,1	+ 2,0
Jahreswachstumsrate	in %	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	- 6,8	+ 4,6	+ 3,9	+ 2,2
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,1	± 0,0	- 0,1

Q: WIFO. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitsdaysbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitsdaysbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und arbeitsdaysbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Abbildung 1: Konjunkturmodell Österreich

BIP, real



Q: WIFO. – ¹⁾ Saison- und arbeitsdaysbereinigt gemäß Eurostat.

Nach Ende des kurzen vierten Lockdown erholte sich die heimische Wirtschaft rasch. Laut dem Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) erreichte das BIP bereits Ende 2021 (Kalenderwoche 52) wieder das

Niveau der Woche vor dem vierten Lockdown (Kalenderwoche 45), während es zwischenzeitlich um über 5% eingebrochen war. Zwar kam es im Jänner 2022 im Zusammenhang mit der Omikron-Welle zu einer

¹⁾ Siehe dazu Schiman, S. (2021). Die Rezession 2020: Österreich im Ländervergleich. *WIFO Research Briefs*, (4). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66933> und

Glocker, C., & Piribauer, P. (2021). The determinants of output losses during the Covid-19 pandemic. *Economics Letters*, 204.

weiteren leichten Dämpfung des BIP, doch bereits im Februar setzte sich der Aufschwung fort. In der zweiten Februarhälfte lag das BIP wieder über dem Vorkrisenniveau (einer durchschnittlichen Referenzwoche 2019) und war höher als in jeder Woche des IV. Quartals 2021. Trotz des Kriegsausbruchs in der Ukraine Ende Februar und den damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Verwerfungen dürfte die starke Konjunktur im März noch angehalten haben und der BIP-Rückgang des IV. Quartals 2021 bereits kompensiert worden sein.

2.1 Annahmen zur Prognose

Die vorliegende Prognose stützt sich in den Annahmen über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik sowie über die Entwicklung der Weltwirtschaft, der Wechselkurse, der Rohstoffpreise und der Zinssätze auf den Informationsstand Mitte März 2022. Der Prognosehorizont reicht vom I. Quartal 2022 bis zum IV. Quartal 2023.

Hinsichtlich der COVID-19-Pandemie wird angenommen, dass sie mit der Omikron-

Welle zwei Jahre nach Ausbruch abklingt und keine neuerlichen Lockdown-Maßnahmen notwendig sein werden. Hinsichtlich der Fluchtbewegung infolge des Ukraine-Krieges geht das WIFO von insgesamt 5 Mio. Flüchtlingen aus, wovon 3% (150.000) nach Österreich kommen (in beiden Prognosejahren jeweils 75.000 Personen).

2.2 Fiskalpolitik weiter expansiv

Das Auslaufen der pandemiebedingten Unterstützungslösungen wird den Staatshaushalt 2022 deutlich entlasten. Zudem wird der öffentliche Konsum 2022 nach dem kräftigen Anstieg im Vorjahr preisbereinigt leicht zurückgehen. Die Beschäftigungsdynamik im öffentlichen Sektor und die Ausgaben für Tests und Impfungen nehmen ab. Das Auslaufen der temporären Umsatzsteuerbegünstigung in den Bereichen Beherbergung, Gastronomie und Kultur und der inflationsbedingte starke Anstieg des privaten Konsums zu laufenden Preisen erhöhen 2022 das Aufkommen an indirekten Steuern. Die CO₂-Bepreisung sorgt für zusätzliche Einnahmen.

Die Stützungsprogramme werden zurückgefahren, Steuersenkungen und Teuerungsausgleiche sorgen aber weiterhin für einen expansiven Kurs.

Übersicht 4: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	0,2	0,6	- 8,3	- 5,3	- 2,4	- 1,1
Primärsaldo des Staates	1,8	2,0	- 7,0	- 4,2	- 1,4	- 0,2
Staatseinnahmen	48,9	49,2	48,7	50,1	48,9	48,9
Staatsausgaben	48,7	48,6	57,1	55,5	51,3	50,0
	In%					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	0,3
Sekundärmarktrendite ²⁾	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	0,6	1,0

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Mehrausgaben ergeben sich im Prognosezeitraum aus dem regionalen Klimabonus, der Grundversorgung und Integration der Flüchtlinge, diversen Maßnahmen zur Abfederung der stark gestiegenen Inflation und der COVID-19-Investitionsprämie. Die Reduktion der Einkommensteuersätze in der 2. und 3. Tarifstufe, die Erhöhung von Familienleistungen ("Familienbonus Plus") sowie die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für Selbständige verringern die Staatseinnahmen. Trotz des prognostizierten Anstiegs der Sekundärmarktrendite auf Staatsanleihen nehmen die Zinsausgaben des Staates weiter ab, da höherverzinsten Anleihen rollierend ersetzt werden können. Nach einem Defizit von 5,3% im Vorjahr wird sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo 2022 auf -2,4% und 2023 auf -1,1% verbessern.

2.3 Warenausfuhr durch Produktions-schwierigkeiten gedämpft

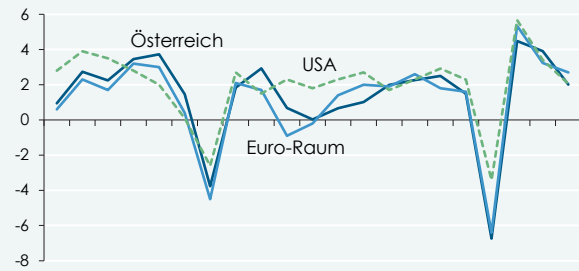
Nach dem Exportboom 2021, der von der kräftigen internationalen Investitionskonjunktur getragen wurde, schwächt sich die Dynamik im Warenaußenhandel 2022 markant ab. Zum einen ist das Aufholpotential im Welthandel weitgehend ausgeschöpft, zum anderen bremsen Lieferengpässe und Materialmangel weiterhin weltweit die Produktion. Die Kfz-Industrie – ein wichtiger Teilbereich der österreichischen Exportwirtschaft – wird durch eine Knappheit an Halbleitern beeinträchtigt. Zudem schlägt sich die starke Betroffenheit der deutschen Kfz-Industrie vom Halbleitermangel nunmehr zeitverzögert im österreichischen Warenaußenhandel nieder.

Produktionsschwierigkeiten dämpfen die Nachfrage nach heimischen Exporten. Der kräftige Lageraufbau bei Vorprodukten und Energie stützt hingegen die Impordynamik.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

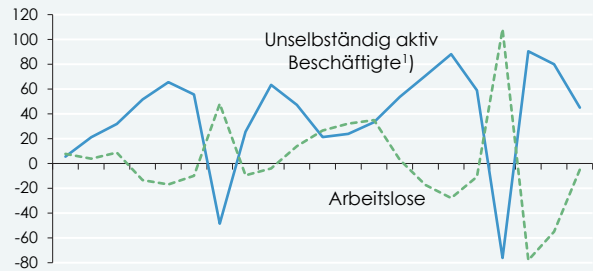
Wirtschaftswachstum

In %



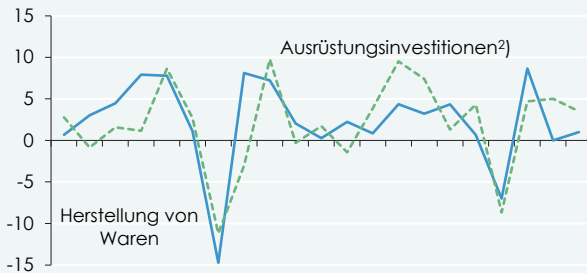
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



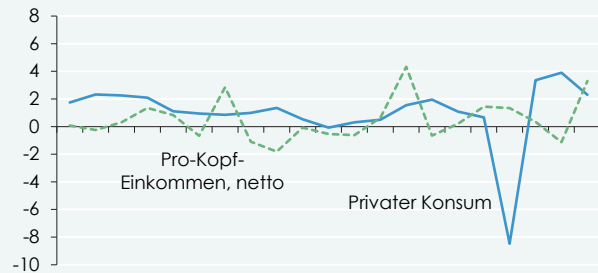
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



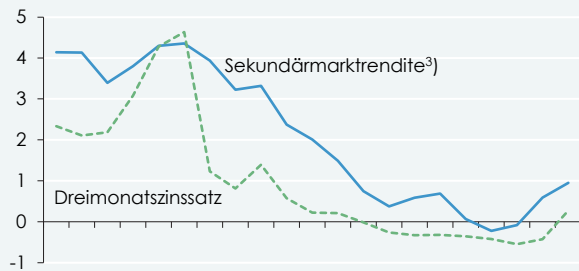
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



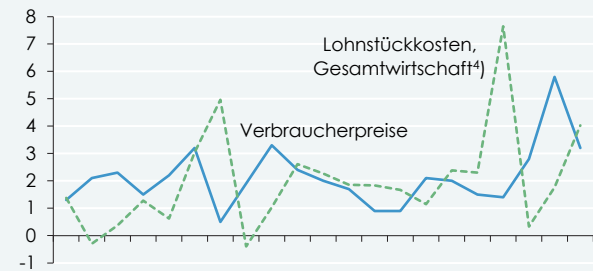
-Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



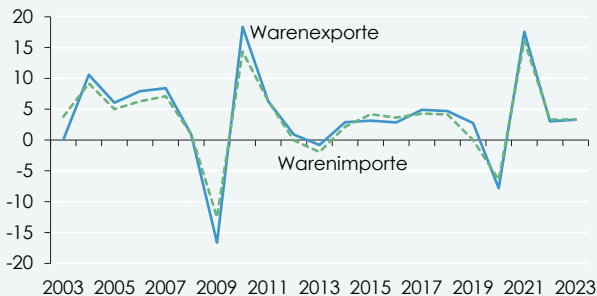
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



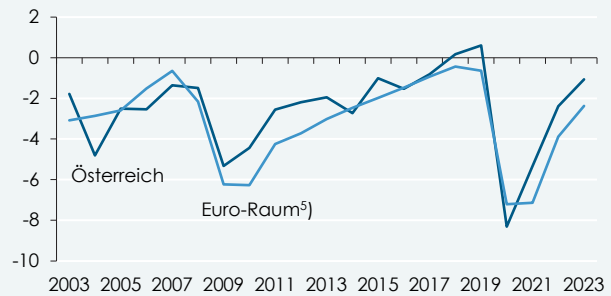
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

Auch wenn die Auslandsauftragsbestände bis zuletzt hoch und die Exporterwartungen anhaltend optimistisch waren, werden der Ukraine-Krieg und die damit zusammenhängenden Sanktionen gegen Russland den österreichischen Außenhandel aus mehreren Gründen beeinträchtigen. Zum einen fällt der direkte Warenhandel mit Russland größtenteils aus. Dabei wirken sich neben dem

Ausschluss bestimmter Gütergruppen die Beschränkungen auf den Kapital- und Finanzmärkten, die den Handel mit sämtlichen Waren beeinträchtigen, negativ auf den Außenhandel aus. Zum anderen leidet dieser unter dem starken Anstieg der Energiepreise und der Verschärfung der Lieferengpässe, u. a. durch die Beeinträchtigung von Transit-routen im Schienen- und Flugverkehr.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	246,32	257,05	262,84	267,23	- 6,3	+ 4,4	+ 2,3	+ 1,7
Private Haushalte ¹⁾	174,88	180,74	187,79	192,11	- 8,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3
Staat	71,41	76,22	75,03	75,12	- 0,5	+ 6,7	- 1,6	+ 0,1
Bruttoinvestitionen	90,33	95,75	101,19	103,78	- 4,6	+ 6,0	+ 5,7	+ 2,6
Bruttoanlageinvestitionen	88,12	91,64	94,88	97,27	- 5,2	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5
Ausrüstungen ²⁾	28,40	29,73	31,22	32,31	- 8,7	+ 4,7	+ 5,0	+ 3,5
Bauten	39,70	40,94	41,93	42,68	- 3,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,8
Sonstige Anlagen ³⁾	19,97	20,95	21,79	22,38	- 3,2	+ 4,9	+ 4,0	+ 2,7
Inländische Verwendung	337,18	354,51	365,27	372,29	- 5,8	+ 5,1	+ 3,0	+ 1,9
Exporte	191,59	215,91	229,08	237,93	- 10,8	+ 12,7	+ 6,1	+ 3,9
Reiseverkehr	9,38	6,60	11,80	13,29	- 43,9	- 29,6	+ 78,8	+ 12,6
Minus Importe	180,59	206,75	216,18	224,34	- 9,4	+ 14,5	+ 4,6	+ 3,8
Reiseverkehr	3,35	6,06	9,30	10,30	- 63,6	+ 81,0	+ 53,6	+ 10,7
Bruttoinlandsprodukt	348,36	363,98	378,22	385,81	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0
Nominell	379,32	403,37	433,65	457,95	- 4,6	+ 6,3	+ 7,5	+ 5,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,20	4,47	4,47	4,47	- 3,1	+ 6,4	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	61,37	66,75	66,75	67,42	- 7,1	+ 8,8	± 0,0	+ 1,0
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,67	10,68	10,15	9,94	- 1,4	+ 10,4	- 5,0	- 2,0
Bauwirtschaft	18,98	19,55	19,94	20,22	- 3,0	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,40	41,19	42,75	44,08	- 4,2	+ 7,3	+ 3,8	+ 3,1
Verkehr	16,36	17,42	18,81	19,19	- 13,0	+ 6,5	+ 8,0	+ 2,0
Beherbergung und Gastronomie	9,79	8,23	13,52	14,82	- 40,1	- 15,9	+ 64,2	+ 9,6
Information und Kommunikation	13,21	13,68	14,03	14,31	- 1,7	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,08	16,45	17,23	18,00	+ 5,1	+ 2,3	+ 4,7	+ 4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,17	31,60	32,23	32,39	+ 0,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 0,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	30,98	33,36	34,03	34,88	- 8,1	+ 7,7	+ 2,0	+ 2,5
Öffentliche Verwaltung ²⁾	54,30	55,55	56,39	56,95	- 3,7	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,23	7,32	7,40	7,62	- 19,7	+ 1,3	+ 1,0	+ 3,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	311,08	324,82	337,85	344,70	- 6,8	+ 4,4	+ 4,0	+ 2,0
Bruttoinlandsprodukt	348,36	363,98	378,22	385,81	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Auf der Importseite klingt der Nachfrageboom nach dauerhaften Konsumgütern ab. Die Materialengpässe in der Industrie und

Verschiebungen von Investitionen wirken dämpfend. Andererseits begünstigen die neu entstandenen Unsicherheiten und

Verwerfungen im Welthandel den Aufbau von Vorsichtslagern. Zudem ist im 1. Halbjahr 2022 mit hohen Energieimporten (zu hohen Preisen) zu rechnen, um die Lager zu füllen. Insgesamt fällt daher der negative Effekt des Ukraine-Krieges bei den Warenimporten etwas geringer aus als auf der Exportseite.

Mit der Verteuerung der Energiepreise geht eine deutliche Verschlechterung der Terms-of-Trade einher. Die Handelsbilanz wird sich insbesondere aufgrund der stark negativen Energiehandelsbilanz verschlechtern. Auf Basis der Prognose für die internationale Konjunktur ergibt sich für den österreichischen Warenexport 2022 ein Marktwachstum von über 4%. Da der Ukraine-Krieg den Euro-Raum und insbesondere das zentraleuropäische Umfeld stärker betrifft als andere Regionen der Welt, dürfte Österreich jedoch Marktanteile einbüßen.

2.4 Sachgüterzeugung stagniert

Die schnelle und kräftige Erholung der weltweiten Industrieproduktion führte ab dem Frühjahr 2021 zunehmend zu Lieferengpässen, die auch in Österreich Produktionsausfälle und -verzögerungen nach sich zogen. So meldeten laut WIFO-Konjunkturtest vom Oktober 2021 42% der befragten Sachgütererzeuger, primär durch Material- oder Kapazitätsmangel in ihrer Produktion eingeschränkt zu sein. In der Jänner-Befragung ging dieser Anteil zwar auf 35% zurück, lag aber immer noch weit über dem langjährigen Durchschnitt. Besonders betroffen ist aufgrund der Lieferschwierigkeiten bei Halbleitern die Kfz-Industrie. Der Materialmangel zeigt sich aber auch in vielen anderen Branchen.

Aufgrund der Verteuerung von Vorprodukten schwächt sich das Wachstum der Wertschöpfung ab. Angesichts der äußerst guten Auftragslage war jedoch der Optimismus der Unternehmen bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges ungebrochen und die Kapazitätsauslastung überdurchschnittlich. Die Mehrzahl der Unternehmen berichtete zuletzt von einem weiteren Anstieg der Auftragsbestände und rechnete für die nächsten Monate mit Produktionsausweitungen und einer Verbesserung der Geschäftslage.

Durch den Kriegsausbruch dürfte sich die heimische Industriekonjunktur aber deutlich eintrüben. In Einzelfällen werden bereits konkrete Exportbeschränkungen bzw. Lieferausfälle schlagend (z. B. Kabelbäume für die Kfz-Industrie). Der starke Anstieg der Energiekosten wird die Ertragslage der Unternehmen belasten. Die Verteuerung von Erdgas treibt zudem den Preis für elektrischen Strom, da die Grenzproduktion von Strom mit Hilfe von Erdgas erfolgt. Der Anstieg des Erdgaspreises trifft also mittelbar auch viele energieintensive Unternehmen, die selbst kein Erdgas in der Produktion einsetzen. Die hohe

Abhängigkeit von russischem Erdgas und die entsprechend geringe Versorgungssicherheit könnten zudem Abnehmer der österreichischen Grundstoffindustrie dazu bewegen, die geografische Verteilung ihrer Lieferketten zu überdenken.

Statt eines robusten Wachstums von über 3%, wie in der letzten WIFO-Prognose vom Dezember 2021 erwartet, rechnet das WIFO für 2022 daher nur mehr mit einer Stagnation der Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren. In der Energieerzeugung dürfte auf den Rückgang der nominellen Wertschöpfung seit Ende 2021 mit zunehmender Preisüberwälzung 2022 auch eine Reduktion der Nachfrage und der realen Wertschöpfung folgen.

2.5 Investitionen leiden unter Materialmangel

Die Investitionsdynamik hat seit dem Frühjahr 2021 merklich an Schwung eingebüßt, Lockdowns und Lieferengpässe in vielen Teilbereichen der Wirtschaft verzögern die Umsetzung von Investitionsprojekten. Dennoch zeigt die Investitionsbefragung im WIFO-Konjunkturtest, dass die heimischen Unternehmen weiterhin mehrheitlich eine Ausweitung ihrer Investitionen planen. Diese Dynamik wird durch die Investitionsprämie staatlich gefördert. Ein Teil der 2021 aufgeschobenen Investitionen dürfte in den Folgejahren nachgeholt werden, insbesondere im Bereich Ausrüstungen. Sonstige Anlageinvestitionen – zu einem guten Teil zeitlich gebundene Lizenzen und Konzessionen – werden hingegen in geringerem Ausmaß nachgeholt.

In den kommenden Monaten wird das Investitionswachstum weiterhin von Engpässen bei Vorprodukten wie etwa Mikrochips belastet werden. Der Mangel an diesen zentralen Bauteilen dämpft u. a. die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien und betrifft wichtige Branchen wie die Kfz-Industrie. Aufgrund der Verschärfung der Lieferengpässe, etwa infolge des Ukraine-Krieges oder des neuerlichen COVID-19-bedingten Lockdown in Shenzhen werden Unternehmen noch stärker als bisher bestrebt sein, Material und Vorprodukte zu bevorraten oder alternative Lieferketten zu etablieren. Der Mangel an spezifischen Vorprodukten wird die Umsetzung bzw. Fertigstellung ganzer Investitionsprojekte noch längere Zeit hemmen.

Somit ergibt sich ein zwiespaltiges Investitionsumfeld. Einerseits werden Investitionen aufgrund der Unsicherheit und der Lieferengpässe aufgeschoben, andererseits werden sie über die Investitionsprämie in beträchtlichem Ausmaß staatlich gefördert. Zudem dürften Unternehmen den Aufbau alternativer Lieferketten mittelfristig als notwendig erachten, um etwa die Abhängigkeit von ukrainischen oder russischen Zulie-

Die Lieferengpässe und der starke Preisanstieg bremsen die heimische Produktion. Die Auftragsbestände sind aber weiterhin hoch.

Aufgrund des Materialmangels werden etliche Investitionsprojekte verschoben oder storniert. 2023 laufen die Vorzieheffekte der Investitionsprämie aus.

ferem zu reduzieren. In Summe dürften die Bruttoinvestitionen 2022 erneut kräftiger expandieren als die Bruttoanlageinvestitionen. 2023 dürfte die Investitionsdynamik dann nachlassen, vor allem, weil die Vorzieheffekte der Investitionsprämie auslaufen.

2.6 Kräftige Bauproduktion trotz hoher Materialpreise

In der Bauwirtschaft, wo der krisenbedingte Einbruch bereits 2021 fast vollständig kompensiert wurde, herrscht weiterhin Optimismus. Die Kapazitätsauslastung und die Auftragsbestände sind hoch, die Preise steigen stark. Auch in diesem Bereich meldeten die Unternehmen zuletzt einen Mangel an Material und Arbeitskräften, der die Baukonjunktur bremst und zu den starken Preisanstiegen beiträgt. Der Anteil der Unternehmen, die keine Produktionshindernisse meldeten, stieg zuletzt zwar auf 32%, lag damit aber immer noch klar unter dem langjährigen Durchschnitt von knapp 50%. Unter den teuren Vorprodukten leidet die Wertschöpfung. Die Nachfrage ist jedoch ungebrochen; die Wertschöpfung dürfte daher auch 2022 um 2% zulegen und 2023 abgeschwächt wachsen.

2.7 Tourismus wird zur Stütze der Konjunktur

Die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie hatte sich bis Anfang September 2021 kontinuierlich erholt. Wegen des Anstiegs der Infektionszahlen und der Verhängung von Reisewarnungen trübten sich die Aussichten danach zunehmend ein. Mit Inkrafttreten der behördlichen Einschränkungen – 2-G-Regel ab 8. November 2021, Lockdown für Ungeimpfte ab 15. November 2021, allgemeiner Lockdown ab 22. November 2021 – kam die touristische Aktivität weitgehend zum Stillstand. Mit der Aufhebung des allgemeinen Lockdown am 12. Dezember verbesserte sich die Situation jedoch rasch. In zahlreichen Beherbergungsbetrieben erreichte die Buchungslage in den Weihnachtsferien ein Niveau wie vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

Durch die rasche Verbreitung der neuen Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus kletterte die Zahl der Neuinfektionen Anfang 2022 zwar europaweit auf neue Höchststände, dies trübte die Stimmungslage im Tourismus allerdings nur vorübergehend etwas ein. Die Aufhebung des Lockdown für Ungeimpfte mit Ende Jänner 2022, die Abschaffung der 2-G-Regel Mitte Februar 2022 und die (neuerliche) Aufhebung der Einstufung Österreichs als Hochrisikoland durch Deutschland Anfang März 2022 verliehen der Tourismus- und Freizeitwirtschaft weitere Impulse. Der Städtetourismus leidet allerdings weiterhin unter dem Ausbleiben von Fernreisenden, der Absage von Veranstaltungen und dem Rückgang von Geschäftsreisen. Zudem ist auch der Tourismus von der

Beschleunigung der Inflation betroffen. Die Anhebung der krisenbedingt gesenkten Mehrwertsteuersätze auf das ursprüngliche Niveau mit Anfang 2022 wirkt zusätzlich preistreibend.

Unter dem Krieg in der Ukraine leidet vor allem die touristische Nachfrage aus Asien und Nordamerika. Dämpfend wirkt dabei nicht nur das unsichere Umfeld in Europa, sondern auch der Anstieg der Flugpreise durch verlängerte Flugrouten und die Verteuerung von Kerosin. Zudem ist davon auszugehen, dass Ankünfte aus Russland und aus der Ukraine komplett ausfallen (Nächtigungsanteil beider Länder 2019: Österreich insgesamt 1,1%, Wien 4,2%). Obwohl unklar ist, ob bzw. wie stark sich der Ukraine-Krieg auch auf die touristische Auslandsnachfrage aus anderen europäischen Quellmärkten auswirkt und wie sich etwaige Effekte auf die verschiedenen Herkunftsländer verteilen, ist eine Abwärtsrevision der Tourismusprognose erforderlich. 2022 dürfte die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie zwar um knapp zwei Drittel höher sein als im Vorjahr und damit über 2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum beitragen. Sie liegt damit aber noch um 17% unter dem Vorkrisenniveau von 2019.

2.8 Preise steigen markant

Angefacht durch hohe Rohstoff- und Energiepreise sowie höhere Transportkosten (Containerfrachtraten) stieg die Inflation im Lauf des Jahres 2021 stark an, besonders bei Treibstoffen, Energie für Wohnen und (dauerhaften) Konsumgütern. Der Preisauftrieb im Bereich Energie hat sich Anfang 2022 weiter beschleunigt und wird aufgrund der durch den Ukraine-Krieg und die Russland-Sanktionen erzeugten Turbulenzen auf den internationalen Rohstoffmärkten hoch bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2022 dürften die Verbraucherpreise um fast 6% zulegen. Der Höhepunkt der unterjährigen Preisdynamik wird für April und Mai 2022 mit monatlichen Inflationsraten um 7% erwartet. Bis Jahresende 2022 dürften die Inflationsraten dann leicht auf rund 5% zurückgehen.

Die Energiepreise machen die Hälfte der Gesamtinflation 2022 aus, obwohl der Bereich Energie lediglich einen Anteil von 7,4% am VPI-Warenkorb stellt. Auf Basis der Annahme zur Entwicklung des Rohölpreises ergibt sich 2023 bei Mineralölprodukten ein Rückgang des Preisniveaus gegenüber dem Vorjahr und damit ein negativer Inflationsbeitrag. Da die Haushaltspreise für Erdgas und Strom verzögert auf die Preisentwicklung auf den europäischen Großmärkten reagieren, werden in diesem Bereich auch 2023 Preissteigerungen erwartet. Der Bereich Energie wird daher auch im kommenden Jahr noch zur Gesamtinflation beitragen, wenngleich in einem geringeren Ausmaß als 2022. Neben der Energie sind Konsumgüter

Die hohen Materialpreise belasten zwar die Wertschöpfung im Bauwesen, die Nachfrage bleibt aufgrund der günstigen Finanzierungsbedingungen aber hoch.

Der Aufschwung im Tourismus setzte früher und kräftiger ein als erwartet. Der Bereich Beherbergung und Gastronomie wird im Prognosezeitraum zur wichtigsten Konjunkturstütze.

Die hohen Energiepreise treiben die Inflation 2022 zeitweise auf 7%. Die zeitversetzte Weitergabe des Rohstoffpreisanstiegs an die Endkunden sorgt dafür, dass der Preisauftrieb auch 2023 kräftig bleibt.

eine weitere Quelle von Preissteigerungen. Der dortige Preisauftrieb dürfte 2022 etwa dreimal so stark und auch 2023 noch doppelt so stark ausfallen wie im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2020. Darin spiegelt sich der Anstieg der Erzeuger- und Importpreise von Konsumgütern, der seinerseits von der kräftigen Verteuerung von Rohstoffen, Vorprodukten und Transportkosten getrieben wird.

Bei den Nahrungs- und Genussmitteln wird für 2022 ebenfalls mit einem markanten Preisanstieg gerechnet. Stark verzögert wirken sich hierin die Preissteigerungen bei agrarischen Vorprodukten und im Bereich Transport und Verpackung im Jahr 2021 aus. Im Jahresverlauf 2022 werden noch weitere Preisanstiege erwartet, die auf die hohen Treibstoffpreise (maschinenintensive Produktion), die Erdgaspreise (Düngemittel) und den Ukraine-Krieg (geringeres Angebot an Getreide und Ölsaaten aus der Ukraine und Russland) zurückzuführen sind. Auch für 2023 wird aufgrund des teilweise geringeren weltweiten Angebotes aus den Ernten 2022 und

höheren Produktionskosten mit einer überdurchschnittlichen Preissteigerung bei Nahrungs- und Genussmitteln gerechnet.

Ein weiterer Impuls geht 2022 vom Auslaufen der reduzierten Mehrwertsteuersätze in den Bereichen Beherbergung, Gastronomie und Kultur aus, die von Juli 2020 bis Dezember 2021 in Kraft waren. Während die temporäre Senkung der Steuersätze auf 5% keine nennenswerten Preiseffekte hatte, dürfte die Anhebung teilweise an die Endverbraucherinnen und -verbraucher weitergegeben werden (asymmetrische Wirkung), wodurch die Inflationsrate 2022 um 0,4 Prozentpunkte steigt. Die Anpassung der Richtwertmieten im April 2022 sowie die ab Juli 2022 wirksame CO₂-Bepreisung liefern weitere Inflationsbeiträge von jeweils knapp 1/10 Prozentpunkt. Die in der Herbstlohnrunde 2022 zu erwartenden kräftigen Lohnsteigerungen werden 2023 zu stärkeren Preissteigerungen führen, insbesondere in beschäftigungsintensiven Dienstleistungen. Somit wird sich der Preisauftrieb 2023 zwar auf 3,2% abschwächen, aber dennoch schwungvoll bleiben.

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 4,8
Real ²⁾						
Brutto	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	- 2,3	+ 1,6
Netto	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,3	- 1,1	+ 3,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 0,3	+ 0,9	+ 9,2	- 2,9	- 2,6	+ 3,0
In%						
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	68,8	69,1	70,2	70,0	70,5	70,6
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,4	+ 2,3	+ 7,6	+ 0,3	+ 1,8	+ 4,0
Herstellung von Waren	+ 1,7	+ 3,3	+ 6,2	- 3,6	+ 5,2	+ 3,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	+ 1,8	- 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,3
Real	+ 1,7	- 1,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteiles der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

2.9 Lohnzuwächse beschleunigen sich

Die Lohnabschlüsse vom Herbst 2021 lagen deutlich über jenen der Vorjahre, weshalb für 2022 ein Anstieg der Nominallöhne pro Kopf um 3,4% erwartet wird – dies wäre der höchste Zuwachs seit 1994. Gleichzeitig wird

für 2022 preisbereinigt mit dem stärksten bisher gemessenen²⁾ Rückgang der Pro-Kopf-Löhne gerechnet (-2,3%). Diese widersprüchliche Dynamik ist zwei Faktoren geschuldet: Die Beschleunigung der Bruttonominallohnzuwächse resultiert aus der starken Nachfrage nach Arbeitskräften. Der Brutto-

²⁾ Die Zeitreihe reicht bis 1954.

reallohnverlust folgt hingegen aus den unerwarteten Importpreisanstiegen der letzten Monate, die die im Herbst 2021 ausverhandelten Lohnsteigerungen weit übertreffen. Selbst die Entlastungen im Bereich der Einkommensteuer, die im Laufe des Jahres 2022 in Kraft treten, können den Reallohnverlust nicht wettmachen.

Vor dem Hintergrund des sehr hohen Preisauftriebs, des Reallohnverlustes 2022 und der Arbeitskräfteknappheit rechnet das WIFO für Herbst 2022 mit höheren Lohnabschlüssen als

im Vorjahr, sodass die Bruttonominallöhne 2023 um knapp 5% pro Kopf anziehen. Mit dem Abflauen der Inflationsdynamik dürfte damit ein Bruttorealohnzuwachs von 1½% erzielt werden. Da die Abgabenreduktion im Zuge der Steuerreform 2023 vollständig wirksam wird, ergibt sich für 2023 ein Nettoreallohnzuwachs von über 3% pro Kopf. Die bereinigte Lohnquote steigt im Prognosezeitraum weiter an und entspricht wieder dem durchschnittlichen Niveau der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre (siehe dazu den Kasten "Droht eine Lohn-Preis-Spirale?").

Trotz des kräftigen Anstiegs der Nominallöhne kommt es 2022 aufgrund der hohen Inflation zu deutlichen Reallohnverlusten. Umso höher dürften die Lohnzuwächse 2023 ausfallen.

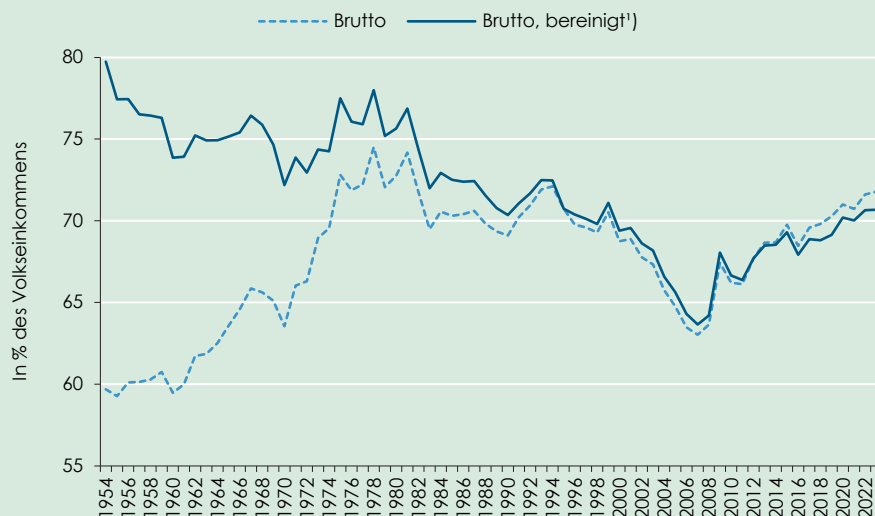
Droht eine Lohn-Preis-Spirale?

Die Inflation in Österreich ist derzeit durch die hohen Rohstoff- und Energiepreise getrieben. In der aktuellen Debatte wird allerdings oft die Frage aufgeworfen, ob es im Zuge der sehr hohen Inflation zu einer "Lohn-Preis-Spirale" kommen könnte. Dies wäre dann der Fall, wenn die Lohnabschlüsse den Preissteigerungen entsprechend hoch ausfallen und die Produktionskosten der Unternehmen in weiterer Folge neuerlich die Preise anfachen. Dieses Bild der Lohn-Preis-Spirale impliziert die Vorstellung immer stärkerer Preissteigerungen, also einer zunehmenden Beschleunigung der Lohn-Preis-Dynamik.

Die Löhne werden in Österreich üblicherweise verzögert an die Preisentwicklung und die Produktivität angepasst. Eine für viele Branchen maßgebliche Lohnrunde ist jene der metallverarbeitenden Industrie im Herbst jedes Jahres. Im Jahresverlauf finden jedoch viele weitere Kollektivvertragsverhandlungen statt, bei denen jeweils die aktuelle Inflationsentwicklung berücksichtigt wird. So fielen rezente Lohnabschlüsse bereits etwas höher aus als jene der "Metaller" im Herbst 2021. Die Nominallöhne dürften daher 2022 um gut ¼ Prozentpunkt stärker steigen als im Vorjahr.

2023 schlägt sich die hohe Inflation des Vorjahres dann in deutlich höheren Lohnsteigerungen nieder. Die Nominallöhne pro Kopf dürften um knapp 5% zunehmen, wodurch tatsächlich auch die Preise um einige Zehntelprozentpunkte stärker steigen werden als noch in der letzten WIFO-Prognose vom Dezember 2021 unterstellt. Dieser Lohn-Preis-Effekt verstärkt sich aber nicht weiter, sondern klingt in den Folgejahren ab. Von der (zeitverzögerten) Kompensation des Kaufkraftverlustes, der durch hohe angebotsbedingte Preissteigerungen verursacht wird, ist also keine Beschleunigung der Lohn-Preis-Spirale zu erwarten – anders als etwa bei einem breiten Vertrauensverlust in die Währung eines Landes oder in das gesamte Staatsgefüge (Hyperinflation). Sobald sich die Entspannung der Rohstoffpreise in einer Verlangsamung der Inflation niederschlägt, dürften auch die Lohnzuwächse wieder entsprechend angepasst werden. Im Falle neuerlicher Preisschocks würde sich diese Anpassung freilich verzögern.

Abbildung 3: **Entwicklung der Lohnquote**



Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Lohnquote (Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen) bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995.

Es stellt sich aber noch die Frage, ob die – wenn auch nur vorübergehende – Beschleunigung der Lohn-Preis-Dynamik die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen im Ausland gefährdet. Ein wesentliches Merkmal der aktuellen Inflation ist ihr internationaler Charakter. Die Schocks gehen von den Rohstoffpreisen und Produktionsausfällen aus und trei-

ben die Erzeuger- und in der Folge die Verbraucherpreise. Dies ist nicht nur eine ungünstige Situation für die Unternehmen und die privaten Haushalte, sondern auch für die Zentralbanken, da die Belastung der Realwirtschaft durch derartige Preissteigerungen die Abwägung geldpolitischer Maßnahmen erschwert. Hinsichtlich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit werden ausreichend diversifizierte Volkswirtschaften wie die europäischen jedoch im Großen und Ganzen keine Einbußen erleiden, da die Länder (wenn auch nicht die einzelnen Branchen) in ähnlichem Ausmaß von den Preis- und Lohnsteigerungen betroffen sind. Demnach wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie gemessen am real-effektiven Wechselkurs trotz des kräftigen Preis- und Lohnauftriebs nicht wesentlich verschlechtern, weil sich die Preise und Löhne bei den Handelspartnern ähnlich entwickeln wie in Österreich.

Somit betrifft die Debatte um die Lohn-Preis-Spirale hauptsächlich die Verteilung des Volkseinkommens im Inland. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Lohnquote in Österreich in den vergangenen sieben Jahrzehnten. Die Lohnquote zeigte spätestens seit den 1980er-Jahren bis zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 einen Abwärtstrend. Wird die Quote um den Rückgang der Selbständigen bereinigt, reicht dieser Abwärtstrend bis in die 1950er-Jahre zurück, als viele vormalig im primären Sektor tätige Arbeitskräfte als unselbständig Beschäftigte in den sekundären und tertiären Sektor wechselten. Im vergangenen Jahrzehnt schwenkte die Lohnquote auf einen moderaten Aufwärtstrend ein. Dies dürfte nicht zuletzt am starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte seit der Liberalisierung des Arbeitsmarktzugangs für Personen aus den osteuropäischen EU-Ländern in den Jahren 2011 und 2014 gelegen sein. Solche Arbeitskräfteangebotsschocks erhöhen zwar kurzfristig die Arbeitslosigkeit und dämpfen die Löhne, führen aber auch zu Beschäftigungszuwächsen und mittelfristig zu Reallohnsteigerungen¹⁾. Im Prognosezeitraum wird sich der Aufwärtstrend der Lohnquote fortsetzen. Trotz der kräftigen Zunahme des Arbeitskräfteangebotes in den letzten Jahren herrscht in Österreich nach wie vor eine hohe Nachfrage nach Personal.

¹⁾ Siehe dazu Foroni, C., Furlanetto, F., & Lepetit, A. (2018). Labor supply factors and economic fluctuations. *International Economic Review*, 59(3) sowie Schiman, S. (2021). Labor supply shocks and the Beveridge Curve – Empirical evidence from EU enlargement. *Review of Economic Dynamics*, 40.

Die Überwindung von erzwungenen Konsumpausen und die Normalisierung der Sparquote lassen den privaten Konsum steigen.

2.10 Erholung der Konsumnachfrage durch hohe Inflation gedämpft

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren 2021 aufgrund der Öffnungs- und Schließungsphasen starken Schwankungen unterworfen. Zwar schränkten die behördlichen Maßnahmen die Konsummöglichkeiten deutlich ein, nach der Aufhebung waren jedoch auch die Erholungseffekte

kräftig. Wegen der pandemiebedingten Einschränkungen verschob sich die Nachfrage 2020 und 2021 dabei von den Dienstleistungen in Richtung der dauerhaften Konsumgüter sowie der Güter des täglichen Bedarfs (vor allem Lebensmittel). Laut WWVI lag der wöchentliche private Konsum im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar 2022 wieder im Bereich des Vorkrisenniveaus 2019.

Übersicht 8: Konsum, Einkommen und Preise

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+ 9,5	+ 3,5	+ 3,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,1	+ 0,7	- 9,1	+ 2,7	+ 3,9	+ 2,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,2	+ 1,6	- 2,0	- 0,2	- 0,2	+ 1,6
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,7	8,5	14,4	11,4	7,8	7,2
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,0	7,9	13,9	10,9	7,2	6,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 6,5	+ 3,5	+ 3,5
Verbraucherpreise						
National	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 5,8	+ 3,2
Harmonisiert	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 5,7	+ 3,2
Kerninflation ²⁾	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 3,2	+ 2,6

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Die Lockdowns 2021 führten zu erzwungenen Konsumpausen, wodurch ein Polster an Ersparnissen entstand. Die Sparquote der privaten Haushalte (ohne betriebliche Versorgungsansprüche) kletterte von unter 8% vor der COVID-19-Krise auf durchschnittlich 12½% in den Jahren 2020 und 2021. Allein durch die Überwindung der Lockdowns und die Normalisierung der Sparquote steigt der private Konsum 2022 wieder auf ein höheres Niveau. Dämpfend wirkt sich hingegen die gestiegene Unsicherheit infolge des Ukraine-Krieges aus, insbesondere die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz. Für den privaten Konsum zu laufenden Preisen besteht insgesamt kaum Revisionsbedarf, er wird 2022 um knapp 10% expandieren. Der reale Konsum wird jedoch 2022 aufgrund der hohen Inflation um nur rund 4% und damit deutlich schwächer wachsen als in der letzten WIFO-Prognose angenommen.

2.11 Günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Der kräftige Aufschwung führte auf dem Arbeitsmarkt zu einer beispiellosen Erholung, die selbst durch den vierten Lockdown nicht unterbrochen wurde. Im Februar 2022 lag die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten bereits um 2,4% über dem Vorkrisenniveau von Februar 2020, die Zahl der Arbeitslosen war um 9,4% geringer, die Arbeitslosenquote um 0,9 Prozentpunkte. Gleichzeitig war die Zahl der offenen Stellen zuletzt mehr als eineinhalbmals so hoch wie vor der COVID-19-Krise. Auch der krisenbedingte Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit wurde bereits zu drei Vierteln wieder abgebaut.

Der Arbeitsmarkt befindet sich in einer Phase der Hochkonjunktur. Der Einsatz von Kurzarbeit dürfte die Beschäftigung in der Industrie stabilisieren.

Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 91,6	+ 61,4	- 76,7	+ 95,4	+ 84,0	+ 48,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	+ 80,0	+ 45,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 33,7	+ 12,3	- 53,9	+ 28,1	+ 20,0	+ 8,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 54,4	+ 46,6	- 22,2	+ 62,4	+ 60,0	+ 37,0
Selbständige ²⁾	+ 3,6	+ 2,5	- 0,6	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 13,2	+ 11,4	+ 9,9	+ 11,8	+ 43,6	+ 33,6
Erwerbspersonen ³⁾	+ 63,8	+ 50,6	+ 31,6	+ 17,5	+ 29,0	+ 43,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	- 77,9	- 55,0	- 5,0
Personen in Schulung	- 3,4	- 6,8	- 4,9	+ 13,2	- 5,0	- 2,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	5,2	4,8	6,0	6,2	4,9	4,7
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,9	6,6	8,9	7,2	5,9	5,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,7	7,4	9,9	8,0	6,7	6,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,2
Arbeitslose (laut AMS)	- 8,2	- 3,5	+ 35,9	- 19,0	- 16,6	- 1,8
Stand in 1.000	312,1	301,3	409,6	331,7	276,7	271,7

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

Der Ukraine-Krieg wird den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt dämpfen. Bei Produktionsausfällen in der Industrie dürfte aber wieder Kurzarbeit eingesetzt werden, um qualifiziertes Personal zu halten. Daher dürften Beschäftigung und Arbeitslosigkeit weniger stark auf den Ukraine-Konflikt reagieren als

die Produktion und das Arbeitsvolumen. Das WIFO rechnet damit, dass die Hälfte der 150.000 bis Ende 2023 in Österreich ankommenden Ukraine-Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter sind und davon wiederum zwei Fünftel eine Stelle suchen werden, da es sich größtenteils um Frauen mit Betreuungs-

pfllichten handelt. Von diesen zusätzlichen 30.000 Erwerbspersonen dürften im Prognosezeitraum die Hälfte eine Beschäftigung aufnehmen. Mit der Aufnahme regulärer Beschäftigungsverhältnisse ist allerdings erst allmählich zu rechnen, da zunächst die Trauma- und Fluchtbewältigung im Vordergrund steht und Sprachkurse und gegebenenfalls Qualifizierungsmaßnahmen absolviert werden. 2022 werden die Auswirkungen

der Fluchtbewegung aus der Ukraine daher noch kaum auf dem österreichischen Arbeitsmarkt spürbar sein, 2023 wird der Arbeitslosigkeitsabbau gedämpft. Aufgrund der robusten Arbeitsmarktdynamik wird die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in den beiden Prognosejahren jedoch weiter abnehmen und die Beschäftigungsquote weiter steigen.

Übersicht 10: Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 5,1	+ 3,9	+ 1,5
Stundenproduktivität ²⁾	+ 0,5	- 0,1	+ 2,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,5
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,8	+ 1,3	- 1,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,1
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,7	± 0,0	+ 1,0
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 2,4	+ 0,8	- 6,2	+ 5,5	- 0,0	+ 0,1
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,9	- 0,1	- 0,8	+ 3,0	+ 0,0	+ 0,9
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 2,8	+ 1,5	- 1,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,1

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktionswert, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

3. Prognoserisiken

Es ist noch nicht abzusehen, wie sich der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in den nächsten Wochen und Monaten entwickeln wird. Weitere Verschärfungen der Sanktionen gegen Russland und mögliche Gegenmaßnahmen, wie etwa temporäre Lieferstopps von Erdöl und Erdgas, hätten einen neuerlichen Preisschub bei Energie- und Rohstoffen zur Folge und würden die wirtschaftliche Dynamik insbesondere in den europäischen Ländern merklich dämpfen. Es ist allerdings auch das Gegenteil, eine rasche Entspannung des Konfliktes, denkbar, wodurch die Rohstoff- und Energiepreise rasch nachgeben würden.

Österreich bezog 2021 über 80% seines Erdgasbedarfs aus Russland. Eine spürbare Drosselung oder Unterbrechung dieser Erdgaslieferungen könnte neben den disruptiven Folgen für die heimische Produktion und einem weiteren kräftigen Anstieg der Erzeuger- und Verbraucherpreise auch markante Verhaltensänderungen bewirken. Die Stimmung der heimischen Bevölkerung könnte erneut

in eine Art Krisenmodus wechseln. Die Nachfrage nach Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs würde zunehmen, jene nach nicht unmittelbar lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen (insbesondere im Tourismus) hingegen zurückgehen. Investitionen würden auf Eis gelegt und die Finanzmärkte wären erneut starken Schwankungen unterworfen. Die heimische Wirtschaft könnte in diesem Fall abermals in eine Rezession schlittern.

Auch durch die COVID-19-Pandemie bestehen weiterhin Risiken. So ist nicht ausgeschlossen, dass sich das Infektionsgeschehen im Herbst wieder deutlich beschleunigt und gefährlichere Virusvarianten auftreten, die neuerliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens nach sich ziehen. In diesem Fall wäre weltweit immer wieder mit lokalen Produktionsstopps zu rechnen, wodurch die Probleme in den Lieferketten noch länger anhalten würden. Zudem würden die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte erneut eingeschränkt.